

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

In der Budapester Halbmonatsschrift „Die Monarchie“ äußert sich Reichstags-Abgeordneter Julius Baron Madarassy-Bea in beachtenswerter Weise über die Frage der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Abg. Julius Baron Madarassy-Bea schreibt u. a.:

Ich teile nicht die ziemlich allgemein verbreitete Auffassung, daß, ärgstenfalls lange nach Friedensschluß, das internationale Wirtschaftsleben sein altes Bild wiedergewinnen wird, daß die Nationen letzten Endes dort kaufen werden, wo dies gut und wohlfeil möglich ist und daß die dem Kapital eigentümliche internationale Tendenz sich ohne jede Einschränkung durchsetzen wird. Wohl aber werden nach dem Kriege unsere Feinde unter englischem Druck den Versuch machen, den wirtschaftlichen Boykott gegen uns mit organisierter und einheitlicher Kraft auf der ganzen Linie zur Geltung zu bringen. Mit Kriegsende wird also nach den Plänen Englands der Wirtschaftskrieg entbrennen. Aus dem Gesichtswinkel dieses kommenden Kampfes müssen wir sowohl das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Ungarn und Oesterreich, als das zwischen der Monarchie und Deutschland beurteilen. Die seit Kriegsbeginn abgehaltenen Beratungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereines und des Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes, die bei diesen Gelegenheiten erbrachten Beschlüsse widerspiegeln scharf den Fortschritt des Gedankens der wirtschaftlichen Annäherung in den jüngsten zwei Jahren. Die in den früheren Kongressen noch herrschende Ansicht, daß die Zölle das einzige Mittel der Handelspolitik, die einzige Panacee allen landwirtschaftlichen und gewerblichen Schutzes bilden, macht immer mehr der Auffassung Raum, in der von Grund auf geänderten wirtschaftlichen Lage, in die wir nach dem Kriege geraten werden, in der neuen Welt, die von der allumwälzenden Erschütterung durch den Krieg auch im Wirtschaftsleben geschaffen wurde, würden die Zölle nicht mehr jene beherrschende Bedeutung haben, die sie vor dem Kriege besaßen. Und dies ist auch natürlich. Die alten 1 bis 50 Prozent sich erstreckenden Zollsätze müssen jetzt als von geringem Wert erscheinen, da wir doch auf zahlreichen Produktionsgebieten einer Erhöhung der Produktionskosten von 6 bis 700 Prozent gegenüberstehen! Sie müssen an Bedeutung einbüßen, wo wir doch in Bezug auf viele unserer Produktionsartikel mit Ausfuhrverboten eventuell mit Ausfuhrzöllen zu rechnen haben werden!

Die Idee der anfänglich aufgeworfenen und von vielen verteidigten reinen Zollunion, deren politische und wirtschaftliche Undurchführbarkeit sich gar bald herausgestellt hat, kann als abgetan betrachtet werden. Es wird schwer fallen, sich durch den Dschungel der abzubauenen Zwischenzölle, der in Prozenten oder individuell zu behandelnden Präferenzzölle, der in die sogenannte Freiliste einreichbaren Produkte usw. durchzuschlagen. Doch muß der Weg hierzu gefunden werden, denn die Möglichkeit eines alle drei Staaten stärkenden inneren Abkommens und einer völlig einheitlichen Handelspolitik nach außen ist für uns alle eine Lebensfrage. Die Lösung liegt, wie der Vertreter des preussischen Handelsministeriums L u s e n s k y in der jüngsten Berliner Konferenz des Verbandes sagte, darin, daß die Vertreter sowohl Deutschlands als der Monarchie nicht mehr danach streben müssen, möglichst schlan, möglichst mehr Vorteile einander abzuwingen, sondern danach, unter möglichst weitgehender Berücksichtigung der gemeinsamen Interessen Abkommen zu schaffen, die alle drei Staaten zu stärken geeignet sind.